DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

Daniel Josten
Goseriede 8
30159 Hannover
Telefon 0511 - 92 45 910
Telefax 0511 - 92 45 911
daniel.josten@dielinke-nds.de
www.dielinke-nds.de

Sparkasse Hannover
Konto-Nr. 590 606
BLZ 250 501 80

DIE LINKE. Niedersachsen, Goseriede. 8, 30159 Hannover

Flüchtlingsrat Niedersachsen
- Vorstand -
Langer Garten 23 B
31137 Hildesheim

Hannover, 29.11.2012

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

vielen Dank für das Zusenden Ihrer Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Niedersachsen. In den letzten Jahren war der Flüchtlingsrat Niedersachsen ein wichtiger außerparlamentarischer Partner in flüchtlingspolitischen Fragen, mit dem wir uns stets eng abgestimmt haben. Im Folgenden möchte ich Ihnen kurz in Reaktion auf Ihre Wahlprüfsteine die flüchtlingspolitischen Grundpositionen der Partei DIE LINKE zur Landtagswahl am 20. Januar 2013 übermitteln.

In kaum einem Bundesland unserer Republik wird das Menschenrecht auf Asyl so zielgerecht verletzt wie in Niedersachsen unter der Verantwortung von Innenminister Schünemann. Das Schicksal der Menschen, deren Hoffnung sich auf unser Land richten, ist ihm egal. Mitglieder der Härtefallkommission haben sich angesichts seiner empörenden Kälte, mit der aus Niedersachsen abgeschoben wird, mehrfach sehr kritisch gegenüber Zugangshürden, dem Mehrheitsquorum und dem Umgang des Ministers mit der Kommission geäußert. Die Regierung hat die Kommission an den Rand der Auflösung manövriert.

Die Flüchtlinge, die es schaffen, länger in Niedersachsen zu bleiben, werden mit sogenannten „Kettenduldungen", menschenunwürdigen Unterkünften, schlechter medizinischer Versorgung und Gutscheinen anstelle von Bargeld drangsaliert. Durch die Abschiebehaft werden mittlerweile Menschen und mitunter ganze Familien über mehrere Monate eingesperrt, ohne Straftaten begangen zu haben.

Um diesen beschämenden Zustand zu beenden, wird sich die LINKE noch stärker als in den vergangenen Jahren zum Anwalt für das Menschenrecht auf Asyl machen und im Landtag konkret folgende Initiativen ergreifen:

- Kettenduldungen werden abgeschafft. Stattdessen wird ein dauerhaftes Bleiberecht spätestens nach fünf Jahren Aufenthalt eingeführt.
- Entsprechend der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte werden ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in Deutschland verwurzelt sind, nicht mehr abgeschoben.

- Gutscheine werden durch Bargeldleistungen ersetzt.
- Die Härtefallkommission bekommt ein durch einfache Mehrheit zustande kommendes aufschiebendes Vetorecht gegenüber Abschiebungen. Die Voraussetzungen für Eingaben an die Härtefallkommission werden abgesenkt.
- Abschiebungen minderjähriger Kinder und ihrer Familien werden grundsätzlich ausgeschlossen.
- Alle Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die mit ausländischen Flüchtlingen zu tun haben, erhalten eine kultursensible Ausbildung.
- Flächendeckend werden unabhängige Beratungsstellen für ausländische Flüchtlinge eingerichtet.
- Außerparlamentarische Initiativen, die eine humane Flüchtlingspolitik zum Ziel haben, werden institutionell gefördert.
- Das Arbeitsverbot und alle Aufenthaltsverbote für Flüchtlinge werden aufgehoben.
- Die kostenlosen Integrationskurse werden ausgeweitet.
- Die Gemeinschaftsunterkünfte werden zugunsten integrativer Wohnmöglichkeiten aufgelöst.
- Es muss ein partnerunabhängiges Bleiberecht von Migrantinnen und die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe geben. Eine Koppelung des Bleiberechts an den Fortbestand einer Ehe lehnen wir ab.
- Es sind gesonderte Beratungskurse für sexuell verfolgte Menschen, vor allem für Frauen und Mädchen, in allen Regionen sicherzustellen.
- Gesetzlich garantierter ungehinderter Zugang zu allen Bildungseinrichtungen für alle hier lebenden Menschen
- Abschaffung der Residenzpflicht und der Abschiebehaft

In diesem Sinne werden wir in und außerhalb des Parlamentes streiten. DIE LINKE wirkt für praktizierte Mitmenschlichkeit. Und die beweist sich vor allem gegenüber denen in dieser Welt Verfolgten. Asylrecht, wie wir es verstehen, ist Menschenrecht. Wer verfolgt wird, darf nicht an den Grenzen unseres Landes abgewiesen werden. Kein Mensch flieht ohne Not, deshalb setzen wir uns für alle Flüchtlinge ein. Bundesweit unterstützen wir die Forderungen nach einer Änderung des Aufenthaltsgesetzes, nach einem demokratischen StaatsbürgerInnenrecht auf der Grundlage des Territorialprinzips, das doppelte StaatsbürgerInnenschaften möglich machen würde, nach einer Erweiterung des Asylrechts vor allem hinsichtlich frauenspezifischer Verfolgungsgründe (Verstümmelung, Vergewaltigung, Zwangsheirat) und nach einer Einstellung von Strafverfolgung bei Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht. Wir wollen in Niedersachsen, dass schon jetzt alle Entscheidungsspielräume durch Behörden, Ämter und Innenministerium genutzt werden. Wir stehen Ihnen gern weiterhin als Gesprächspartnerin zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Giesela Brandes-Steggewentz
Landesvorsitzende